



Presseinformation

12. September 2014

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Rede von Innenminister Ralf Jäger „Salafismus“

am 12.09.2014

in Düsseldorf

- Es gilt das gesprochene Wort. -



Anrede,
in einem Rechtsstaat ist kein Platz für Selbstjustiz.

Wir dulden es nicht, dass Personen aus der salafistischen Szene unsere Mitmenschen provozieren, einschüchtern oder bedrohen.

Das Tragen von Westen mit der Aufschrift „Shariah Police“ mag für manch einen wie eine Kleinigkeit erscheinen, wie ein Dummer-Jungen-Streich - so will es uns die salafistische Szene ja jetzt auch verkaufen.

Ich sage an dieser Stelle eindeutig: Das ist für einen Rechtsstaat keine Kleinigkeit, das ist kein Gag und auch kein schlechter Scherz.

Das ist ein Verstoß gegen geltendes Recht. Und so behandeln wir ihn auch.

Die Wuppertaler Polizei ist gegen diese klare Provokation schnell und konsequent vorgegangen:

Sie hat die Personalien der Personen aufgenommen, sie hat Strafanzeige erstattet, sie hat die Präsenz vor Ort erhöht, und sie hat für besorgte Bürger in Wuppertal eine Hotline eingerichtet.

Dafür bin ich der Polizei in Wuppertal sehr dankbar.

Per Erlass hat mein Haus darüber hinaus alle Polizeibehörden in NRW angewiesen, mit allen rechtlichen Mitteln gegen derartige Fälle vorzugehen - das umfasst auch das Sicherstellen der Kleidungsstücke.



Bisher ist es glücklicherweise zu keinen weiteren Aktionen ähnlicher Gruppen gekommen - ich finde, der Rechtsstaat hat damit bewiesen, dass er die richtige Antwort gegeben hat.

Anrede,

aus diesem Ergebnis dürfen wir jetzt eines nicht schließen:

Wir dürfen uns jetzt nicht zurücklehnen und annehmen, das Thema „Salafismus“ hätte sich nun erstmal erledigt.

Das wäre fahrlässig, das wäre ein klares Unterschätzen dieser hochgefährlichen Bewegung.

Ich will kurz die allgemeine Ausgangslage anhand von 3 Punkten darstellen.

Der erste Punkt betrifft die Zahlen:

Im letzten Jahr ist die Zahl der erkannten Anhänger des gewaltbereiten Salafismus auf 1.500 angestiegen - allein in NRW.

Im laufenden Jahr gehen wir von ca. 1.800 Personen aus.

Zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren es 500.

Bundesweit beträgt die Zahl aktuell etwa 6.600.



Der Salafismus ist die bundesweit am schnellsten wachsende extremistische Bestrebung. Davor warnen wir schon seit langem.

Er ist mittlerweile auch zu einem Problem für fast ganz Europa angewachsen.

Der zweite Punkt betrifft die Lage im Nahen Osten:

Ich erzähle niemandem hier etwas Neues, wenn ich sage:

Die Sicherheitslage dort ist hochdramatisch. Was im Irak, was in Syrien passiert, kann ich nicht in Worte fassen.

Diese Zurschaustellung von perfiden Gräueltaten, das Inszenieren von kriegerischer Gewalt - das hat nichts, das hat überhaupt nichts mit Religion zu tun. Das muss an dieser Stelle einmal klar gesagt werden.

Das ist Terrorismus, der sich selbst zum Kult hochstilisiert. Und dieser Terrorismus soll nicht nur in den betroffenen Gebieten, sondern auch unter uns allen - der ganzen Welt - Angst und Schrecken verbreiten.

Ich finde es deshalb richtig und auch sehr bedeutend, dass wir gestern hier im Landtag ein klares Zeichen gesetzt haben, dass wir diese Handlungen aufs Allerschärfste verurteilen.

Die salafistische Szene missbraucht diesen menschenverachtenden Terrorismus, um mit ihm für ihre Zwecke falsche Propaganda zu betreiben.

Die Kriegshandlungen von Gruppierungen wie der IS befeuern damit auch



die Rekrutierung neuer Anhänger für den Salafismus.

Ich will damit sagen:

Die Situation im Nahen Osten wirkt sich auch direkt auf die Menschen aus, die hier im Bundesgebiet salafistische Tendenzen zeigen, die nach einfachen Antworten auf schwierige Fragen suchen.

Der dritte Punkt betrifft genau diese Menschen:

Wir haben ein großes Problem mit Personen, die aus Deutschland ausreisen, um in den Krisengebieten an Kampfhandlungen teilzunehmen.

Das ist kein reines Problem, das auf NRW begrenzt ist, sondern ein bundesweites, ja sogar europaweites Problem.

Deutschlandweit sind mehr als 400 Personen in die Krisenregionen ausgereist, rund 130 davon aus NRW.

Diejenigen Personen, die aus diesen Regionen nach Deutschland zurückkehren - und dabei insbesondere die, die aktiv an Kampfhandlungen teilgenommen haben - sind für uns alle ein Sicherheitsrisiko.

Wir haben zwar keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Deutschland. Aber wir wissen, dass die Rückkehrer oft weiter radikalisiert und in ihrer jihadistischen Grundhaltung gefestigt sind.

Sie wurden im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult, haben



Kampferfahrung und Kontakte zu Gleichgesinnten. Durch die Kampfhandlungen sind viele verroht und unberechenbar.

Anrede,

das sind nur 3 ausgewählte Bereiche von vielen, die exemplarisch das Phänomen „Salafismus“ darstellen sollen.

Es ist, denke ich, deutlich geworden, dass wir diese Bedrohung nicht - unter keinen Umständen - unterschätzen dürfen.

Ganz im Gegenteil, wir müssen aktiv - auf allen Ebenen - daran arbeiten, dieser Bedrohung Herr zu werden.

Das tun wir bereits, und ich will den Rahmen dieser Aktuellen Stunde nutzen, um unsere Strategien kurz darzustellen. In NRW setzen wir auf eine Doppelstrategie:

Ein konsequentes Vorgehen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf der einen Seite; Prävention in Form von Aufklärung und Sensibilisierung auf der anderen Seite.

Beide Seiten ergänzen sich, und dieses Zusammenwirken hat sich bewährt.

Was das konsequente Vorgehen zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung betrifft, liegt unser Hauptaugenmerk darauf, Ausreisen von potentiellen Gewalttätern in die Krisengebiete zu verhindern.



Bereits jetzt ist es bspw. möglich, in Kooperation mit der Bundespolizei den Reisepass einzuziehen, ihn sicherzustellen, um so die Ausreise zu verhindern.

Die Grenzen dafür sind allerdings eng gefasst - d.h., wir brauchen ganz konkrete Anhaltspunkte, dass die Ausreise zur kämpferischen Unterstützung dienen soll.

Weiterhin sind Beschränkungen aus dem Ausländerrecht grundsätzlich möglich - was wiederum diejenigen Salafisten nicht betreffen kann, die eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Wir haben uns im Rahmen der Innenministerkonferenz dieses Themas angenommen.

Als Vorsitzender habe ich dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die vor allem prüfen soll, wie wir Reisen über die Türkei nach Syrien effektiver einschränken können. Dazu gehört auch die Prüfung, ob eine Änderung des Personalausweisrechts in Betracht kommt.

Im Zuge dessen stellt sich natürlich die Frage, ob unser Verfassungsrecht - und ob auch das Europarecht - einen Eingriff in die Staatsangehörigkeit zulässt.

Anrede,
neben der Verhinderung von Ausreisen nutzen wir alle weiteren rechtlichen Mittel, um repressiv gegen den gewaltbereiten Salafismus vorzugehen.



Dazu gehört auch die Einleitung von Strafverfahren oder das Verhängen von Verbandsverboten - falls gewünscht, kann ich dazu gerne im Laufe der Debatte weiter vortragen.

Ich will an dieser Stelle aber auch die zweite Seite darstellen, nämlich unsere präventiven Maßnahmen.

Prävention ist dringend notwendig - denn mit ihr wollen wir eine Radikalisierung verhindern.

Wir wollen auch diejenigen auffangen, die im Laufe der Zeit am Selbstverständnis des Salafismus zweifeln; die merken, dass es keine einfachen Antworten geben kann.

Diese Menschen gibt es - auch sie kehren aus den Kriegsgebieten zurück: In diesem Fall nicht radikalisiert, sondern vor allem desillusioniert.

Viele leiden an Traumata, können das Leid und die Zerstörung im Nahen Osten nicht mehr fassen.

U.a. für diese Menschen haben wir unser Programm „Wegweiser“ ins Leben gerufen.

Bei den bislang drei Pilotprojekten in Bochum, Bonn und Düsseldorf kümmern sich Ansprechpartner vor Ort sowohl um gefährdete Jugendliche und Erwachsene, die in diese Szene abzurutschen drohen, als auch genauso um Familien, Freunde oder Lehrer.



„Wegweiser“ ist ein Netzwerk aus lokalen Verbänden und Organisationen, Moscheevereinen, kommunalen Ämtern, Sozialverbänden und der Polizei. Dieses Netzwerk steht vor Ort im direkten Dialog für Fragen und Probleme zur Verfügung.

Erste Erfolge zeigen, dass wir damit genau den richtigen Weg eingeschlagen haben. Wir sind deshalb in konkreten Planungen und Verhandlungen für den weiteren Ausbau von „Wegweiser“ auch in anderen Regionen von NRW.

Dieses Programm ist bundesweit einzigartig - noch.

Denn unser Ziel ist es, über die Ländergrenzen hinweg ein Netzwerk zu spannen, um den betroffenen Menschen eine Perspektive aufzuzeigen. Das haben wir uns in der Innenministerkonferenz zum Ziel gesetzt.

Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, warum präventive Ansätze - warum Projekte wie „Wegweiser“ - so entscheidend sind:

Prävention baut eine Brücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Sie stellt diese wichtige Verbindung her. Mit Hilfe von Aufklärung, mit Dialogen treten wir in den direkten Kontakt mit den Betroffenen und ihrem Umfeld.

Wer die Gefahren des Salafismus kennt, wer weiß, wie unterschwellig dieser auf die Gefühlsebene abzielt, wer die perfiden Methoden der Rekrutierung kennt, der hat bessere Chancen, sich und andere vor ihm zu schützen.



Mit Prävention setzen wir früh an, um eine negative Entwicklung möglichst zu verhindern, bevor sie in der Radikalisierung endet.

Wir müssen diese Brücke schlagen - denn wir brauchen die Unterstützung aus der Bevölkerung, und zwar dringend:

Dazu gehört die klare, die unmissverständliche und scharfe Verurteilung von Hass und Gewalt.

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass der Koordinierungsrat der Muslime für den 19. September zu einem bundesweiten Aktionstag gegen Gewalt und Extremismus aufgerufen hat. Gewaltbereiten Salafisten wird damit deutlich gemacht:

Ihr könnt Euch nicht auf den Islam berufen! Ihr missbraucht eine Religion für Eure menschenverachtende Zwecke!

Dieses Signal ist umso wichtiger, weil es noch einmal deutlich unterstreicht, was wir hier im Parlament wissen, was aber auch die breite Öffentlichkeit wissen muss:

Nämlich, dass der ganz überwiegende Teil der Muslime hier in Deutschland friedlich lebt, dass er sich von Gewalt distanziert und sie klar verurteilt.

Anrede,
für Hetze, für Hass und Gewalt ist in unserem Rechtsstaat kein Platz - und wir werden diesen Platz auch nicht überlassen. Herzlichen Dank.